

Dresdner Nachrichten

Geegründet 1856

Zustellort: Reichshaus Dresden.
Verleger: Carl Neumann, 26 242.
Preis für Abnehmer: 20 Pfl.

Druck- und Verlagsanstalt in Dresden und Leipzig bei Hermann Neumann, Neumann-Verlag, Leipzig, 100 000.
Druck- und Verlagsanstalt in Leipzig bei Hermann Neumann, Neumann-Verlag, Leipzig, 100 000.

Druck- und Verlagsanstalt in Leipzig bei Hermann Neumann, Neumann-Verlag, Leipzig, 100 000.

Die Lebensmittellieferungen des Verbandes.

Die Regierung und die Elsass-Lothringer.

Seit unserem nach Weimar entsandten Mitarbeiter.

Weimar, 9. Februar.

Wie wir bereits im Vorabend-Blatt der Sonntagsnummer meldeten, haben Vertreter Elsass-Lothringens der Nationalversammlung eine Petition überreicht, in der sie um Zulassung von 12 Abgeordneten zur Nationalversammlung bitten. Diese Petition ist ausführlich und inhaltlich begründet. Insbesondere wird in ihr Protest erhoben, daß die Franzosen widerrechtlich die Elsass-Lothringen im Jahre 1871 die deutsche Regierung es ohne weiteres zugelassen hat, daß in dem damals besetzten, völkerrechtlich aber noch zu Frankreich gehörigen Elsass-Lothringen Wahlen zur französischen Nationalversammlung stattfanden. Daß die Franzosen mit ihrer heutigen Haltung nicht anders begründet, als sei es auch unter Veragung des vollen Rechts, die Welt in den Glauben zu versetzen, Elsass-Lothringen sei heute schon französisches Land, liegt auf der Hand. Selbstverständlich Interesse der deutschen Regierung, wie man meinen sollte, sein, gerade diesen Glauben nicht aufkommen zu lassen. Doch ist der Friedensvertrag nicht unterzeichnet, noch ist Elsass-Lothringen Reichsland nach dem Buchstaben und nach dem Geiste des Völkerrechts. Es ist deshalb nur zu verstehen, wenn die Elsass-Lothringer Wert darauf legen, in der deutschen Nationalversammlung vertreten zu sein. Es ist übrigens, wie wir der Kolmarer Stadtrat Olig, der einer unerschütterlichen Familie entstammt, berichtet, ein Jertum, anzunehmen, daß die Bevölkerung des Reichslandes auch im Herzen so französisch gestimmt sei, wie es jetzt unter dem Druck der französischen Besetzung nach außen hin vielleicht den Anschein hat.

Unter diesen Umständen ist es gar keine Frage, daß ein Gesetz hätte gefaßt werden können, das den elsass-lothringischen Vertretern die Teilnahme an der Nationalversammlung als vollberechtigte Mitglieder gewährleistet hätte. Diese Behauptung läßt sich auch nicht durch den Hinweis entkräften, daß mit demselben Rechte, wie jetzt die Elsass-Lothringer Anspruch auf Sitz und Stimme in der Nationalversammlung erheben, es auch die Kriegsgefangenen tun könnten. Dieser Vergleich ist nicht haltbar. Die Elsass-Lothringer vertreten ja keine Truppe, sie vertreten ein Land. Sie sind die Abgeordneten eines Wahlkreises und setzen sich aus fast allen Parteien zusammen. Die Regierung lehnt aber die Teilnahme von elsass-lothringischen Vertretern an der Nationalversammlung ab. Dieser hat sich am Sonntagabend auch der A l l e i n r a t der Nationalversammlung auf einen ähnlichen Standpunkt gestellt. In Beginn der Sitzung des Reichstages hatte der General Schenk, der frühere preussische Kriegsminister, namens seiner Landsleute die Erklärung abgegeben, daß sie sich auch aufreihen werden würden, wenn ihnen nur eine beratende Stimme erteilt würde. Aber nicht einmal das hat der Reichsrat zugestanden, sondern einen vorläufigen Beschluß gefaßt, der im großen und ganzen ein anderes ist als eine in Worte gefasste Eingebende Ablehnung aller Wünsche der Elsass-Lothringer. Man lehnt nämlich vor, eine Versammlung der Mitglieder aller Fraktionen im Reichstheater stattfinden zu lassen — eine Versammlung, die dieselbe Zusammenstellung wie die Nationalversammlung gehabt haben würde, aber doch nicht als solche anerkennen hätte. Diese Versammlung hätte einen Vorsitzenden gewählt und dieser hätte den elsass-lothringischen Vertretern die Möglichkeit gegeben, ihr Verlangen nach dem Reichstagen zu äußern. Das hat aber General Schenk im Namen seiner Landsleute ablehnen zu müssen gezwungen. Sie hätten nur das Mandat, um Zulassung zu bitten zur Nationalversammlung, nicht aber zu irgendeiner anderen Körperschaft.

Alle diese Dinge sind sehr erkaunlich. Sie sind fast unfaßbar, wenn man bedenkt, daß die Franzosen während des Krieges die Abgeordneten der besetzten Gebiete ebenfalls nicht gewählt, sondern ernannt haben. Hinzu kommt noch folgendes: Der Staatssekretär Erberger hat in einer Unterredung mit Pressevertretern ebenfalls diese Frage gestreift und gesagt, er stehe auf dem Standpunkt, daß man die Landsleute aus dem Reichsland zwar nicht als vollberechtigte Mitglieder in die Nationalversammlung aufnehmen, wohl aber sie mit beratender Stimme teilnehmen lassen könnte. Damit würde erreicht, daß diese Abgeordneten einen fortwährenden Protest bilden gegen die Vergewaltigung des Selbstbestimmungsrechtes durch die Franzosen. Herr Erberger glaubte in derselben Unterredung versichern zu können, daß auch die Deutsche Demokratische Partei diesen Standpunkt einnehmen werde.

Das war am 5. Februar. Heute verlangen die Elsass-Lothringer nichts anderes, als das, was Herr Erberger vor drei Tagen geradezu als wünschenswert bezeichnet hatte und — erhalten eine glatte Abfuhr. Die Vermutung liegt nicht ganz unbegründet zu sein, daß der Staatssekretär des Reiches Graf Brockdorff-Rantzau in erster Linie dafür verantwortlich ist, denn daß Herr Erberger seine Meinung vollständig geändert habe, hatten wir für ausgeschlossen.

Endgültig entschieden sind die Dinge glücklicherweise noch nicht. Neuerdings taucht wieder der Gedanke auf, die Elsass-Lothringer als Hospitanten in die einzelnen Parteien aufzunehmen, ein Vorschlag, den das Zentrum schon früher gemacht hat. Damit ist freilich noch nicht gesagt, was für Rechte die elsass-lothringischen Vertreter in der Nationalversammlung haben würden. Offenbar bestimme sich die Regierung, Hospitanten bestimmen sich auch die Reichslandsparlamenten noch im letzten Augenblick auf das, was sie unteren elsass-lothringischen Landsleuten, was sie dem Reichsland schuldig sind, denn darüber kann ein Zweifel nicht bestehen: Verlassen wir jetzt die Elsass-Lothringer, dann sind sie ganz für uns verloren, dann ist auch die Möglichkeit ausgeschlossen, daß aus dem Reichsland ein neutraler Staat geschaffen wird, der gemäßigteren die Rechte von Deutschland nach Frankreichs Willen über-

Elsass-Lothringen stange in diesem Falle nicht nur staatsrechtlich dem Deutschen Reich, sondern überhaupt der deutschen Kultur verloren. Wahrscheinlich, es wäre ein böser Anfang, wollte die Nationalversammlung sich mit einem solchen Beschluß in die Weltgeschichte einprägen.

Die Franzosenherrschaft in Elsass-Lothringen.
(Drahtmeldung unseres Kölner Mitarbeiters.)
Wien, 9. Febr. Nach den Pariser Zeitungen ist nunmehr die französische Sprache in Elsass-Lothringen als Gerichtssprache obligatorisch gemacht worden, und zwar für das gesamte Gerichtsverfahren, sowohl für die Verhandlungen wie für die Urteile.

Die finanzielle Schädigung der altdeutschen Bevölkerung im Elsass.
Berlin, 9. Febr. Nach Absatz VI des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 darf dem Eigentum der Einwohner in den von den Alliierten besetzten Gebieten kein Nachteil oder Schaden zugefügt werden. Die französischen Besatzungsbehörden in Elsass-Lothringen haben sich über den klaren Wortlaut dieser Bestimmungen hinweggesetzt, wie aus den zahlreichen übereinstimmenden Berichten von aus Elsass-Lothringen geflüchteten oder ausgewiesenen Deutschen hervorgeht. Die finanzielle Schädigung der altdeutschen Bevölkerung des Elsass acht planmäßig weiter. Die unvorläufige Maßregel in Artikel VI der französischen Militärverwaltung, die den Alt-Elssältern und den Alt-Lothringern gestattete, die deutsche Mark gegen 1,25 Fr. einzulösen, konnte man noch als eine bloße Bevorzugung auffassen. Anzuwenden sind noch folgende Bestimmungen hinzu: Alle in Mark ausgedrückten Schulden an staatliche Stellen sind zu 1,25 Fr. umzurechnen. Der Altdeutsche, der Zahlungen an Behörden zu machen hat, bekommt also für seine Markschulden mit 1,25 Fr. bezahlten muß.

Die Verabschiedung der Notverfassung.
Von unserem nach Weimar entsandten Mitarbeiter.

Weimar, 9. Februar.

Das Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt dürfte trotz mancher schwerer Bedenken, die auf Seiten der bürgerlichen Parteien dagegen erhebt werden, rasch unter Dach und Fach gebracht werden. Jedenfalls sind die bürgerlichen Parteien in den Besprechungen, die sie über die Frage gehabt haben, einig geworden, die Preussische Politik ihrerseits nach Möglichkeit nicht zu hören, obwohl die Rede des Staatssekretärs mit ihren theoretischen Abstraktionen und der immer wiederholten Betonung des Kompromißcharakters keinen sonderlich guten Eindruck gemacht hat. Im übrigen sind auch die auf der Linken stehenden Militärs enttäuscht darüber, daß die Allmacht der Nationalversammlung beschränkt werden soll durch das Staatengesetz. Man hatte sich dort schon sehr eingelebt in die freilich im Grunde nichts weniger als demokratische Idee eines von seiner Initiative in seinen Machtbefugnissen geheimmten Parlamentes. In den interfraktionellen Besprechungen ist ferner gefordert worden, das bisher fast unbeschränkte Verordnungsrecht der Regierung eine fest abzugrenzen in dem Sinne, daß das bestehende Gesetz durch dieses Recht künftighin ohne Anhörung der Nationalversammlung nicht mehr beeinflusst werden soll.

Die Frage der Regierungsbildung.
Von unserem nach Weimar entsandten Mitarbeiter.

Weimar, 9. Februar.

Das Gerücht von einer Beteiligung der Deutschen Volkspartei an der Regierung ist unbegründet. Im Gegenteil steht zu erwarten, daß der Staatssekretär des Reichsjustizamtes Dr. v. Franke, der früher der nationalliberalen Partei angehört hat und jetzt der Deutschen Volkspartei beigetreten ist, aus der Regierung ausscheidet. Was die Regierungsbildung selbst betrifft, so ist, wie wir schon gemeldet haben, vorläufig nur so viel sicher, daß die bisherigen Volksbeauftragten in die neue Regierung eintreten werden. Alle anderen Meldungen oder gar schon fertige Ministerlisten eilen den Tatsachen voraus.

In der Presse ist in den letzten Tagen von der Verlegung der Nationalversammlung nach Berlin die Rede gewesen. Alle diese Meldungen beruhen im wesentlichen auf Kombinationen. Bisher besteht in Abgeordnetkreisen noch gar keine Neigung, nach Berlin überzusiedeln. Ebenfalls sind von der Regierung irgendwelche Bestimmungen in dieser Hinsicht getroffen worden.

Die Besetzung der Präsidentenstellen.

Weimar, 9. Febr. Wie W. L. B. aus parlamentarischen Kreisen hört, hat auch der heutige Sonntag noch keine Klärung in der Frage der Besetzung der drei Präsidentenstellen — der Nationalversammlung, des Reiches und des Reichsministeriums — gebracht. Es steht durchaus noch nicht fest, ob die Sozialdemokratie überhaupt eine dieser Präsidentenstellen abgeben wird. Die endgültige Entscheidung darüber wird erst in einer für Montag angelegten Fraktionsitzung der Mehrheitssozialisten fallen.

Militärische Besetzung der wichtigen Gebäude in Esland.

Esland, 9. Febr. In der Nacht zum Sonntag sind die Regierungstruppen angelangt, die die Jagerskaserne bezogen haben. Seit heute früh sind die öffentlichen und andere wichtige Gebäude, sowie der Bahnhof von Regierungstruppen besetzt. In der Stadt ist nach wie vor alles ruhig.

Das Lebensmittelabkommen unterzeichnet.

Berlin, 9. Febr. Das Abkommen mit dem Vertreter der alliierten Regierungen über die Lieferung von Lebensmitteln an Deutschland ist am 8. Februar in Spa nach dreitägigen Verhandlungen unterzeichnet worden. An den Verhandlungen, die deutscherseits der Unterstaatssekretär v. Braun vom Reichsernährungsamt leitete, haben außerdem Vertreter aller beteiligten Reichsstellen, Verbandsmänner des Handels und der Marine teilgenommen.

Der wesentliche Inhalt des Abkommens, das sich an die in Eriar getroffenen Vereinbarungen anschließt, ist folgender:

Der Oberste Ernährungsrat der Alliierten wird Sorge stellen, daß sofort rund 80 000 Tonnen Schweinefleisch und 250 000 Tonnen kondensierte Milch aus Rotterdam nach Deutschland geliefert werden.

Die Bezahlung dieser Mengen ist deutscherseits durch Gold und fremde Devisen sicherzustellen. In unmittelbarem Anschluß an diese Lieferungen wollen die Alliierten in Aussicht nehmen, 200 000 Tonnen Weizen und Weizenmehl und weitere 25 000 Tonnen Schweinefleisch und Schweinefleisch an liefern, wenn eine entsprechende Regelung der Finanzfrage bei dem am 12. Febr. beginnenden Verhandlungen der Finanzkommission gefunden wird. Die Vertreter der Alliierten haben sich bereit erklärt, den Wunsch der deutschen Regierung für die weitere Versorgung Deutschlands bis zur neuen Ernte in Erwägung zu ziehen, und zwar ausschließlich unter der Voraussetzung, daß eine betriebliche finanzielle Abmachung getroffen wird. Als Bedarfs sei von der deutschen Regierung für die Monate März bis August einschließlich angegeben worden: 400 000 Tonnen Weizen, 100 000 Tonnen Fett und Mehl für jeden Monat, ferner eine Million Tonnen Mais oder andere Futtermittel für den ganzen Zeitraum.

Die Erfüllung des ganzen Abkommens ist von den Vertretern der alliierten Regierungen ausdrücklich abhängig gemacht worden von der Annahme und von der Ausführung der Bedingungen, die sie betreffend der Abgabe der Gegendelastante anerkannt haben und noch weiter aufzuerlegen wollen.

Darüber erlaßt sich, daß selbst bei Annahme der Bedingungen eine Sicherheit für den regelmäßigen Einfluß von und verlässlichen Lebensmittelversorgung nicht besteht. Die deutsche Waffenstillstandskommission.

Zivilvertreter für die Verhandlungen in Spa.

Paris, 9. Febr. (Draht.) Diplomatischer Situationsbericht. Auf Wilsons Vorschlag wurde im Verlauf der heutigen Sitzung durch den Obersten Kriegsrat nachstehende Entscheidung angenommen: Der parlamentarischen Waffenstillstandskommission in Spa, welche bisher ausschließlich aus militärischen Fachleuten der Alliierten zusammengesetzt war, sollen Zivilvertreter einer jeden verbündeten Regierung beigegeben werden. Die Zivilvertreter haben bei aller Rücksichtnahme auf das Oberkommando des Reiches in direkte Beziehungen zu treten mit der Einrichtung, deren Schaffung ausschließlich vom Obersten Wirtschaftsrat beschloffen ist. Die in Paris ausstehenden Mitglieder von den alliierten und assoziierten Regierungen gebildete Kommission würde während der ganzen Dauer des Waffenstillstandes die wirtschaftlichen Fragen behandeln, die sich von Tag zu Tag zahlreicher und mit Rücksicht auf Deutschland gebietlicher erheben und dabei keine militärische Kenntnis erfordern, wie z. B. Fragen des Finanzwesens, der Exportproblematik, der Blockade und der Hochflotte.

Protest gegen neue feindliche Willkürlichkeiten.

Berlin, 9. Febr. Die feindlichen Besatzungsbehörden haben außer dem Inhaber der Firma Leckling in Diederhofen auch den Prokuristen des Unternehmens Josef Drepper verhaftet und abgeführt. Die Verhaftung erfolgte am 2. Januar in seiner Wohnung in Bad Ems, das bekanntlich zum Brückenkopf Koblenz, also zum besetzten Gebiet, gehört. Drepper soll, wie viele andere Personen, von den Alliierten wegen des Einkaufs von beschlagnahmten französischen und belgischen Maschinen zur Rechenschaft gezogen werden. Die Angehörigen Dreppers sind bis heute ohne Nachricht über seinen Aufenthaltsort und sein Ergehen. Da die Verhaftung dem Artikel 6 des Waffenstillstandsabkommens widerspricht und außerdem im Widerspruch zu dem am 14. Januar in Eriar abgezeichneten Erklärungsprotokoll steht, hat die deutsche Waffenstillstandskommission seine sofortige Freilassung gefordert.

Genderson gegen Überhaß und Wirtschaftskrieg.

(Drahtmeldung unseres Kölner Mitarbeiters.)
Amsterdam, 9. Febr. Genderson hielt auf dem Sozialistenkongress eine staatsmännlich bedeutende Rede, die sich in unzweideutiger Weise an die Friedenskonferenz wandte. Er erklärte, die Welt habe nicht nur einen Krieg der Waffen, sondern sie sehe auch das Ende des Hasses und des Krieges auf dem Wirtschaftsbereich herbei.

Das Schicksal Rautschau.

Bern, 9. Febr. Wie „Progrès de Yvon“ aus Paris erzählt, will man dort wissen, daß der chinesische Negalierung seitens der japanischen Gesandtschaft in Peking vorgeschlagen wurde, die Frage von Rautschau, die die übrigen Konferenzmächte nicht besonders interessierte, nicht auf der Friedenskonferenz zu erörtern, sondern lediglich zwischen Japan und China direkt zu regeln.

Pariser Beschlüsse zur Weimarer Tagung.

Bern, 2. Febr. Die Eröffnung der deutschen Nationalversammlung wird erst in gewissen Grenzen beiraten. Der „Lema“ weist auf den Gegensatz zwischen Weimar und Paris hin. Während man sich in Weimar verarmte, streute man sich in Paris. Die Rede, die durch die Abreise Wilsons, Lloyd Georges und Orlando imstande sei, würde alles um. Man muß entweder die Methoden ändern oder aufhören zu arbeiten. Das heutige Deutschland habe nicht wie das Frankreich von 1871 einen abenteuerlichen und einigen Geistesgenossen. Die Weimarer Versammlung sei berufen worden, um der deutschen Regierung zu helfen, die nationale Einigkeit zu fördern, Frieden zu annehmen und den Forderungen der Alliierten zu widerstehen. Das Blatt bespricht ausführlich die Eröffnungsrede Eberths und sagt: Mit welchem Ton fordert Eberth den Wilson-Frieden, mit welchem Ton spricht er von der Zulassung Deutschlands mit gleichen Rechten zum Völkerbund? Militärische Maßnahmen müssen sich mit unabwiesbarer Notwendigkeit auf Deutschland beziehen. Es müsse auch die Pariser Konferenz weiter bestehen, aber die Periode der Untersuchungen müsse endlich zurückgehen, und es müsse die Periode der Beschlüsse eintreten. — Auch „Petit Parisien“ bespricht die Rede Eberths und sagt, daß diese neue freie (1) Haltung Deutschlands annehmen müsse, da die Entente militärische Garantien, die Befehung von Osten und die Abriegelung einer Grenzlinie im Osten, die von der Oberbundesarmee Division nicht überschritten werden dürfe. Die Verproviantierung Deutschlands dürfe nur unter diesen Bedingungen fortbauern.

Die Lage an der polnischen Front.

Slogan, 2. Febr. Antiklerikal Bericht aus dem Bereich des 3. Armeekorps vom 2. Februar, morgens: Nach bisherigen Feststellungen haben die Polen den Einwohnern von Sarne bei der vorübergehenden Besetzung des Ortes eine große Anzahl Räder, Pferde, Wagen und Wagen geistlichen. In den Kämpfen am 2. Februar zeichneten sich besonders aus: Benannt Oberlein, Bischofswinkel, Bauer und Prach und der Kanonier Mann. — Am 2. Februar wurde die Patronenfabrik im Ortsteil Süllich an wurden feindliche Patronen gegen Polen abgeworfen. Ein aus Deutschen gegen Polen abgeworfene Patronenpanzerzug brachte zwei Gefangene.

Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge.

Die Reichsregierung hat eine Verordnung über die soziale Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge verabschiedet, wonach diese unter Mitwirkung der Einzelstaaten und der Selbstverwaltungskörperschaften vom Reich übernommen wird. Beim Reichsarbeitsamt wird ein Ausschuss der Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge errichtet, der sich in zwei Abteilungen gliedert. In die Abteilung Kriegsbeschädigtenfürsorge werden neben Vertretern der in jedem Bundesstaat zu errichtenden Hauptfürsorgeämtern für Kriegsbeschädigte mindestens je ein Vertreter solcher Vereinigungen der Kriegsbeschädigten berufen, die ihre Wirksamkeit auf das Reich erstrecken und eine entsprechende Mitgliederzahl haben. Der Reichsausschuss hat hauptsächlich die Aufgabe, die Grundzüge für die Durchführung der Fürsorge aufzustellen. Den Hauptfürsorgeämtern sind Beiräte anzuschließen, in welche Vertreter der Kriegsbeschädigten, der Kriegsbeschädigten, der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, sowie in der sozialen Fürsorge erfahrene Persönlichkeiten zu berufen sind. Der Beirat ist zugleich endgültige Beschwerdestelle der einzelnen Fürsorgeämter gegen die Verfügungen der Hauptfürsorgeämter. Die Verordnung tritt, soweit es sich um organisatorische Maßnahmen handelt, mit dem Tage der Verkündung, im übrigen für jeden Bundesstaat mit einem von der Landeszentralbehörde zu bestimmenden Tage in Kraft.

Kein Reichsfolaterrat.

Berlin, 2. Febr. Volksbeauftragter Kosske und Kriegsminister Reinhardt haben laut „Deutscher Anzeiger“ den Antrag der Berliner Konferenz der Reichsfolaterräte auf Bildung eines Reichsfolaterrats abgelehnt.

Bremerhaven von Regierungstruppen besetzt.

Bremen, 2. Febr. Hörmanns Telegramm Bureau meldet: Die Besetzung von Bremerhaven ist kampflos in der Nacht vom 2. zum 3. Februar durch die 2. Landsturmbrigade ausgeführt worden. Widerstand wurde nirgends geleistet. Von den Angehörigen der Rheinfurthflotte wurden etwa 50 Mann verhaftet. Der Führer des Soldatenrats, Armgart, ist festgenommen worden.

„An die Arbeiter aller Länder.“

Bern, 2. Febr. (Schweizerische Depeschen-Agentur.) In der heutigen Sitzung des Internationalen Gewerkschaftskongresses wurde mit der Begründung der aus drei Teilen bestehenden Vorlage der Kommission für internationale Arbeiterkubergabe begonnen. Zunächst verlangte die Aufnahme der Forderungen des Kongresses in den Friedensvertrag. Sodann verlas er die von der Kommission einstimmig beschlossene Proklamation an die Arbeiter aller Länder, in der es u. a. heißt: Die in Bern am 2. Februar und den folgenden Tagen vereinigte Gewerkschafts-Internationale stellt folgende Grundzüge auf: Das neue Geis soll die Arbeit von ihrem sozialen und rechtlichen Mangel zu befreien, um der Arbeiterwelt ihre Rechte auf Leben und Entwicklung zu geben. Die Nationen bedürfen aller Arbeiter, um sich wieder aufzubauen, und werden vieles aufwenden, um die Arbeit würdiger und fruchtbarer zu gestalten. Der Wohlstand ist von der Tendenz der Beteiligung, die einem allgemeinen Zweck dient, und nicht von derjenigen, die der Betriedigung egoistischer Interessen dient, wie sie der Gesellschaft Gemüthsruhe ist, abhängig. Die Gewerkschafts-Internationale erklärt, daß die menschliche Arbeit nicht eine Ware sein soll, sondern daß sie die ethische Funktion der modernen Gesellschaft ist. In dieser Erwägung erheben die Arbeiter die Forderung der Beteiligung an der Lohnarbeit, ebenso die Beteiligung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, jenes Ueberrestes einer Auffassung, die durch die Entwicklung der Menschheit überholt ist. Ferner soll die Teilung und Verteilung der Produktion in die Hand der produktiven Massen gelegt werden. Gegenwärtig ist die Arbeiterklasse dafür, daß die Kulturwissenschaften eine rationelle Verteilung der Produktion bestimmen, indem die Bedürfnisse und die Leistungsfähigkeit der menschlichen Arbeit in Uebereinstimmung gebracht werden. Sie fordert die Beseitigung der Minderheitsrechte, welche die kapitalistische und politische Herrschaft auf der Vorherrschaft der durchweg bestehen ließ. Mit einem Worte, sie verlangt die nationale und internationale Organisation der Arbeit, die eine auf Grund menschlicher Prozedur durchgeführte Bewertung der individuellen Leistung in der für die gemeinsamen Bedürfnisse der Menschheit erforderlichen Verwendung gestattet. Die Gewerkschaftskongresse stellt fest, daß die weitestgehende Wirksamkeit der internationalen Arbeiterkubergabe nur durch die Schaffung eines internationalen Arbeiteramtes als Behandler der Differenzen gesichert werden kann.

Lloyd George in London.

London, 2. Febr. (Reuter.) Gestern Abend traf Lloyd George mit den anderen britischen Delegierten der internationalen Konferenz wieder in London ein.

Die Stadtverordnetenwahlen in Dresden.

Bei den gestrigen Stadtverordnetenwahlen entfielen auf die Wahlvorläufe

| | | | |
|-------------------------------------|---------------|---------------------------------|--------------|
| Zierfelder (Würgerlicher Ausschuss) | 25059 Stimmen | Wachsmuth (Privatangehörige) | 9778 Stimmen |
| Mätz (Freier Ausschuss) | 26641 | Rahn (Rechtssozialisten) | 90508 |
| Gähler (Beamte) | 31678 | Hamel (Unabhängige Sozialisten) | 9115 |

Verbunden waren die Wahlvorläufe Zierfelder und Mätz sowie Gähler und Wachsmuth.

Gewählt sind somit

- | Wahlvorläuf Zierfelder: | Wahlvorläuf Mätz: | Wahlvorläuf Gähler: | Wahlvorläuf Wachsmuth: |
|--|---|---|---|
| 1. Zierfelder, Johs., Richter, Prof., Bloßmannstr. 12. | 1. Mätz, Johs., Dr. phil., Sandkus, Sultan-Abd.-Str. 11. | 1. Gähler, Paul, Sekretär, Holzbeinstraße 22. | 1. Wachsmuth, Max, Kaufm., Geschäftsführer, Chemnitz Str. 9. |
| 2. Zierfelder, Hans, Rechtsanw., Bernsdorferstraße 8. | 2. Zierfelder, Franziska, Lehrerin, Altmannstraße 1. | 2. Zierfelder, R. M., Stadtkommissar, Bahndorfer Str. 10. | 2. Gähler, H., Kaufm., Geschäftsführer, Haenel-Clauß-Str. 46. |
| 3. Zierfelder, Hugo, Bäderobermeister, Hausstraße 12. | 3. Zierfelder, Hermann, Gewerkschaftssekretär, Dammweg 4. | 3. Zierfelder, Erwin, Schuldirektor, Sachsen-Allee 8. | 3. Gähler, Arthur, Kaufm., Beamter, Grimmaische Str. 24. |
| 4. Zierfelder, Reinhold, Drogerie, Rietschstraße 5. | 4. Zierfelder, Adolf, Kaufm., Antonstraße 16. | 4. Zierfelder, Erwin, Kaufm., Wilmannsstraße 10. | 4. Gähler, Anna, Buchhalterin, Pirnaische Straße 65. |
| 5. Zierfelder, Carl, Fremdenverkehrsamt, Marienstraße 18/19. | 5. Zierfelder, Karl, Kaufm., Littenstraße 10. | 5. Zierfelder, Max, Professor Dr., Wormser Straße 8. | |
| 6. Zierfelder, Hermann, Dipl.-Ing., Tischstraße 2. | 6. Zierfelder, Carl, Kaufm., Littenstraße 10. | 6. Zierfelder, Hermann, Ingenieur, Burgdorffstraße 7. | |
| 7. Zierfelder, Wilhelm, Kaufm., Littenstraße 10. | 7. Zierfelder, Carl, Kaufm., Littenstraße 10. | 7. Zierfelder, Hermann, Ingenieur, Burgdorffstraße 7. | |
| 8. Zierfelder, Max, Kaufm., Littenstraße 10. | 8. Zierfelder, Carl, Kaufm., Littenstraße 10. | 8. Zierfelder, Hermann, Ingenieur, Burgdorffstraße 7. | |
| 9. Zierfelder, Carl, Kaufm., Littenstraße 10. | 9. Zierfelder, Carl, Kaufm., Littenstraße 10. | 9. Zierfelder, Hermann, Ingenieur, Burgdorffstraße 7. | |
| 10. Zierfelder, R. Gern., Werkst. a. D., Wittenberger Str. 21. | 10. Zierfelder, Carl, Kaufm., Littenstraße 10. | 10. Zierfelder, Hermann, Ingenieur, Burgdorffstraße 7. | |
| 11. Zierfelder, Alfred, Tischlermeister, Marienstraße 58. | 11. Zierfelder, Carl, Kaufm., Littenstraße 10. | 11. Zierfelder, Hermann, Ingenieur, Burgdorffstraße 7. | |

Der Verlauf des gestrigen Wahlsonntags.

Wie nicht anders zu erwarten war, ist die Beteiligung an den gestrigen Dresden Wahlen noch erheblich schwächer gewesen, als bei denen für die Sächsische Volkskammer. Die Wahlmüdigkeit ist eben immer größer geworden, woran auch die zahllosen Flugblätter nicht viel ändern konnten, die noch am Sonnabend und am Sonntag vor-mittag durch die verschiedenen Wahllokale verstreut wurden. Leider schoben auch manche Einwohner ungebührlich die Aufgaben der Gemeindeverwaltung immer noch zu gering ein und hielten es daher nicht für nötig, ihrer Wahlpflicht nachzukommen. Trotz wiederholter Hinweise in den Tageszeitungen hat sich auch der Irrtum nicht ganz ausrotten lassen, daß sich die Wahlberechtigung für die Stadtverordnetenwahlen auf die Dresden Bürger beschränke. Daran ist wohl in erster Linie die geringere Beteiligung der Frauen zurückzuführen. Während aber die bürgerlichen Stimmen gegenüber den Volkskammerwahlen um etwa 18 Prozent zurückgegangen sind, ist wiederum der Stimmenrückgang bei den Rechtssozialisten demokraten wesentlich größer. Er beträgt 25 Prozent. Die Stimmen der Unabhängigen sind um etwa 20 Prozent zurückgegangen. Das Wahlergebnis ging überall glatt vonstatten. Auch die Auszählung der Stimmzettel konnte diesmal schneller beendet werden, da sämtliche Stimmzettel nur zwei bis vier Namen aufwiesen. Wieder wurde bemerkt, daß an manchen Wahlstellen die Zettelverteilung der bürgerlichen Ausschüsse nicht rechtzeitig zur Stelle waren. Das war um so unangenehmer, als unetwas Bismarck ein bürgerlicher Wahllokal den Wählern Stimmzettel durch die Post vorher hatte ausgeben lassen. Von allen Personen, die mit der Durchführung der drei Wahlen beauftragt oder ehrenamtlich zu tun hatten, werden vor allem die Wahlvorsteher und ihre unermüdeten Helferinnen und Helfer lobend erwähnt, die mit dem gestrigen Tage die Wahlen vorüber sind, denen sie im Interesse der Klarheit drei lange Sonntage gewidmet haben. — Die erste Sitzung des neu gewählten Stadtverordnetenkollegiums wird voraussichtlich Donnerstag, den 2. Februar, stattfinden.

Protestkundgebung für andere Kriegsgefangenen.

Das rote Kreuz und die Vereinigung von Angehörigen Kriegsgefangener Dresden und Umgebung veranstalteten am gestrigen Sonntag wieder zwei Versammlungen, die eine im Central-Theater, die andere im Reichen-Theater. Sie gälteiten sich schon durch ihren ordentlichen starken Besuch (beide Theater waren überfüllt) zunächst rein äußerlich, vor allem aber durch die befechteten Antrachen als eindrucksvolle Kundgebungen zugunsten unserer im Feindeslande schmachtenden Kriegsgefangenen.

Im Central-Theater

erröfnete Herr v. Gahlen, Vorkundmitglied des Landesausschusses der Vereine vom roten Kreuz, die Versammlung mit einer beachtlichen Ansprache. Als Hauptredner führte Herr Konrektor Studientrat Prof. Dr. Baisler aus, es handle sich um eine Angelegenheit, die nicht nur das deutsche Volk, sondern der ganzen Menschheit zu unserem Einspruch gegen die Zurückhaltung der Gefangenen seien wir einmal von menschlich-humanitären und zum andern von politisch-nationalen Standpunkte aus verpflichtet. Er legte in überzeugender, von loberndem Begeisterung getragenen Worten diese zwei Gesichtspunkte dar, betonte, welche furchtbare Last würden unsere Feinde durch ihr Verhalten im deutschen Volk ausüben, wie auf die schweren körperlichen und seelischen Leiden der Gefangenen hin und hoch dann vor allem hervor, daß die empfindliche Einseitigkeit, eine nationale Demütigung und eine materielle und geistige Schädigung des deutschen Volkes in der Zurückhaltung liegt, die auch dem Grundgedanken des Völkerverständnisses und anderer internationaler Abmachungen Oohn spreche. Unsere Gefangenen seien keine Verbrecher. Und jetzt sollten durch neue Waffenstillstandsbedingungen unsere Gefangenen noch mehr geschädigt und sogar zum Wiederaufbau in Rumänien und Serbien verwendet werden, bei den Serben, dieser Nordlande. Die deutsche Regierung habe viel versäumt und müsse dies endlich nachholen. Der Redner ging dann auf die wichtigsten Forderungen wegen der Freilassung ein und erklärte, daß die Bedingung der Freilassung der Gefangenen allen anderen voranzusetzen müsse. — Der Vorkundmitglied Herr v. Gahlen sagte, wie wichtig der Redner die Forderung gepredigt habe. — Herr Geheimrat Hempel, der von Herr v. Gahlen ergriffen das Schlusswort sprach, erklärte, daß durch die heutige Versammlung gleichzeitige Protest und Sympathie, diese für unsere Gefangenen, ausgesprochen und vor allem an die Gewissen unserer Feinde gerichtet werden solle, die sich einer unersetzten Kapitul., Grausamkeit und Mißtrauen schuldig machten. Der 2. Februar 1919 habe Deutschland den schmachvollen Frieden von Compiègne gebracht, der 2. Februar 1919 hätte nicht durch Erfüllung der neuen Feindlichen Waffenstillstandsbedingungen wieder ein Tag der Schmach für das deutsche Volk werden.

Im Reichen-Theater

wurde die Versammlung durch beachtliche Worte des Herrn Rechtsanwalts Dr. Heinemann eingeleitet, der auf die Bedeutung des 2. Februar als den Protesttag des gesamten deutschen Volkes gegen die weitere Zurückhaltung unserer gefangenen Stimmesredner hinwies. Alle Hebel mühten in Bewegung gesetzt werden, dies zu verhindern. Darauf kam Herr Schriftsteller Dr. A. Gehler zum Wort. In seiner von hoher patriotischer Liebe

getragenen Rede betonte er, daß an all dem Trüben des Gegenwart auch die Sorge um unsere Gefangenen komme, die durch die Abfertigung unserer Feinde, sie zu jahrelangen Fremden zu zwingen, ins Ungemessene steigen. Er forderte die Worte von Weiskopf und Bismarck aus für diese, denn das Stimmenschieben lautet, das dem deutschen Volk durch die Vorenthaltung seiner gefangenen Landesfinder angetan werde, bewirke eine Erbitterung, die den Krieg zu einem neuen Kriege führen kann. Der Redner brandmarkte hierauf die Wahrung aller völkerrechtlichen Abmachungen über die Gefangenen durch unsere Feinde und verwies auch auf das weit recht unfreundliche Verhalten der Neutralen. Jwar könne man jetzt vereinigte Stimmen aus der Schweiz, ja sogar aus England, in einem ausrichtigen Sinne vernahmen, doch seien dies erst Anfänge, die uns durchaus nicht abhalten sollen, an der Forderung der bedingungslosen baldigen Rückgabe unserer Gefangenen und einer durchgreifenden Milderung ihres Loses festzuhalten. Schreiten müssen wir, daß die ganze Welt uns hört. In dieser Frage habe die Ehre des deutschen Volkes auf dem Spiele. Die Feinde sollen hören, daß wir noch nicht tot sind, sondern daß wir uns einen in der Vorbereitung

„Gerast mit unseren Gefangenen!“

Stärklicher Beifall lobte den Redner für seine warmherzigen Ausführungen. Herr Verlagsbuchhändler Heinrich Linden, Direktor der hiesigen Kunststoffe vom roten Kreuz, hob in der Schlussansprache hervor, daß wir mit allen uns zu Gebot stehenden geistlichen Waffen und die Befreiung unserer Lieben kämpfen werden; denn es arbe um das Wohl und Wehe von Hunderttausenden deutscher Volksgenossen. Aber sie sollen ihn nicht haben, den freien deutschen Raum. — In beiden Versammlungen wurde am Schluß eine gleichzeitige Entschlossenheitsangabe angenommen, in der die sofortige Herausgabe unserer Gefangenen vor Eintritt in die neuen Verhandlungen über eine Verständigung des Waffenstillstandes gefordert wird, und die unter aktiver Zustimmung der Deutschen Nationalversammlung, Staatssekretär Erdberger, dem Internationalen Friedenskongress in Bern, der Internationalen Sozialistenkonferenz in Bern und der Reichszentrale für Friedens- und Kriegsgefangenen, Berlin, telegraphisch übermittelt wurde.

Landesangelegenheiten im Reich

Zugunsten unserer Gefangenen meldet B. Z. D. Der Volksbund zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen hat gestern in Berlin im Kaiserhof und in der Hofe zur Befreiung seiner Forderung parlamentarischen veranlaßt, die durch ihren überaus herzlichen Besuch gelagert, welchen Witzes der Ruf: „Gerast mit unseren Gefangenen!“ in den weitesten Schichten der Bevölkerung gefunden hat. Welche Versammlungen

Seite 2
Montag, 10. Februar 1919

